**Haushaltsrede 2025**
**Der Schwarzwald-Baar-Kreis im Jahr 2025**
**Zeiten des Umbruchs – Zukunftsaufgaben gemeinsam meistern!**
Sven Hinterseh

- es gilt das gesprochene Wort -

(Folie 1) Meine sehr geehrten Damen und Herren,

traditionell beschließt der Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises in seiner Weihnachtssitzung den Haushalt für das kommende Jahr.

Dieses Jahr brechen wir mit dieser Tradition! Woran liegt das?

(Folie 2) Als ich im Sommer mit den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei zusammensaß und wir den Haushaltsvollzug des laufenden Jahres besprachen und wir zugleich einen haushalterischen Ausblick in das kommende Jahr 2025 wagten, wurde mir klar, dass wir in diesem Jahr – zumal mit einem neugewählten Kreistag, der fast zur Hälfte aus neuen Mitgliedern besteht – noch viel mehr als sonst über unsere Ansätze ringen und vor allen Dingen auch mit Ihnen allen ausführlich darüber sprechen müssen. Transparenz war mir in den vergangenen Jahren immer schon wichtig – zukünftig wird transparentes Handeln aber noch wichtiger, denn wir alle müssen die Chancen und Risiken dieses Zahlenwerkes ganz genau kennen, um so auch verantwortungsbewusst Handeln und mutige Entscheidungen treffen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

drängt sich Ihnen angesichts der erschütternden Nachrichten aus der Ukraine und aus Israel – dem Gaza-Streifen und dem Libanon – nicht auch der Eindruck auf, dass die Welt aus den Fugen geraten ist?

Die Weltbevölkerung wächst und wächst und mit dieser wachsenden Bevölkerung auf unserer Erde wachsen leider auch die Problemstellungen – Klimawandel, Ressourcenverbrauch, Verteilungskämpfe, kriegerische Konflikte und vieles mehr. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen erreichte die Weltbevölkerung Mitte 2024 fast 8,2 Milliarden Menschen. Damit hat sich die Zahl der Menschen seit Mitte der 1970er Jahre verdoppelt. Damals lebten noch rund vier Milliarden Menschen auf der Erde. 1950 waren es 2,5 Milliarden Menschen.

Mehr als die Hälfte aller Menschen (59 Prozent) lebt in Asien, in Afrika knapp 20 Prozent, in Amerika 13 Prozent, Europa 9 und Australien/Ozeanien 1 Prozent.

Nach den Zahlen des Flüchtlingshilfswerks UNHCR waren im Juni 2024 weltweit über 122 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Kriegen, Konflikten, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen fliehen müssen, war noch nie so hoch wie heute.

Und die Zahl der Menschen, die in Kriegen sterben, ist leider so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Und das Dilemma ist: es wird für Politikerinnen und Politiker offensichtlich immer schwieriger, Kriege zu beenden und Frieden zu schaffen. Derzeit lebt einer Schätzung von Experten zufolge jeder sechste Mensch der Welt in einem aktiven Kriegsgebiet.

Und wir, die wir hier im Schwarzwald-Baar-Kreis leben dürfen, können dankbar dafür sein, dass wir seit nunmehr fast 80 Jahren Frieden haben. Aber: natürlich wissen wir, dass die Widrigkeiten dieser Welt – zumal in unserer globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts – auch ganz unmittelbar Auswirkungen auf unser Lebensumfeld hier im Schwarzwald-Baar-Kreis haben.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat gerade heute vor zwei Stunden im Deutschen Bundestag in Berlin die Vertrauensfrage gestellt. Noch läuft die Debatte dazu und schon bald – noch im Laufe dieser Kreistagssitzung – werden wir das Ergebnis hören und dann wissen wir, ob am 23. Februar 2025 die nächste Wahl zum Deutschen Bundestag stattfinden wird. Der Bundeskanzler hat in seiner „Zeitenwende-Rede" am 27. Februar 2022 vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des drei Tage zuvor begonnenen russischen Überfalls auf die Ukraine betont, dass die Welt danach (nach diesem kriegerischen Angriff Russlands auf die Ukraine) nicht mehr dieselbe ist, wie die Welt davor. Und er sprach auch darüber, dass wir als Bundesrepublik Deutschland unsere eigene Verteidigungsfähigkeit (wieder) herstellen müssen.

In der Folge wurde der Begriff „Zeitenwende" zum häufig gebrauchten politischen Schlagwort und zum Wort des Jahres 2022 erklärt. Mir persönlich scheint, dass ein Fehler der Ampelregierung in Berlin war, dass die „Zeitenwende" danach kein wirkliches politisches Programm wurde, das auf allen möglichen Politikfeldern zu konkreten Maßnahmen führte, sondern es jenseits des Verteidigungshaushalts im Wesentlichen lediglich eine Zustandsbeschreibung der Ereignisse war.

Ich persönlich bin aber überzeugt davon, dass wir als Staat eben nicht alles und zu jeder Zeit in jeder Intensität betreiben können. Politik muss Handlungsschwerpunkte definieren und in der Folge dann auch Priorisierungen vornehmen. Man kann nicht alles zur gleichen Zeit und mit gleich hoher Intensität betreiben. Das können wir weder zu Hause in unseren Familien, noch im Staat. Für diese Priorisierungen braucht es den politischen Diskurs – und es braucht den Mut, diesen Streit auch zur führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie Sie wissen, ist das Landratsamt sowohl eine Kommunal- als auch eine staatliche (untere) Verwaltungsbehörde. Vor allen Dingen ist das Landratsamt aber auch eine Behörde, die sich im Schwerpunkt um den Vollzug von bundesgesetzlichen Sozialleistungen zu kümmern hat. Wenn wir Jahr für Jahr die Ausgabendynamik bei den Sozialleistungen diskutieren, dann müssen wir vor allen Dingen auch die gesamtstaatliche Entwicklung betrachten. Ich persönlich bin dankbar, dass die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes vor 75 Jahren die Bundesrepublik Deutschland auch als einen starken Sozialstaat geformt haben. Niederschlag findet dies insbesondere in den Artikeln 20 und 28 unseres Grundgesetzes. Das bedeutet, dass sich der Gesetzgeber auch um soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung der Bürgerinnen und Bürger kümmern muss. Wichtige Bereiche der sozialen Gesetzgebung sind neben der Arbeitsgesetzgebung und der Steuergesetzgebung die Sozialversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung, die Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Darüber hinaus finanziert der Staat soziale Leistungen wie Kindergeld, Elterngeld, Wohngeld oder Sozialhilfe.

Die entscheidende Frage ist – und die wird natürlich im politischen Wettbewerb intensiv streitig diskutiert – wie viel braucht es denn von den unterschiedlichen Leistungen oder darf es vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein wenig mehr sein.

Ein möglicher Indikator hierbei ist die Sozialleistungsquote, die in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung der am häufigsten verwendete Vergleichsindikator zur Beurteilung der Leistung von Wohlfahrtsstaaten ist. Die Sozialleistungsquote zeigt, wenngleich in einer allgemeinen und ungenauen Form, wie viel ein Land im Vergleich zur Wirtschaftskraft für soziale Zwecke verwendet. Wenn Sie sich die Entwicklung dieser Quote ansehen, dann bemerken Sie, dass diese Quote im Prinzip immer weiter gestiegen ist. 1913 betrug die Quote 3,1 Prozent. 1950 lag die Quote bei 19 Prozent und stieg dann bis Mitte der 1970er stark auf über 30 Prozent an. In der Spitze hatten wir mit Beginn der 2020er Jahre dann 32,8 Prozent. Interessant ist, dass wir als Folge der „Agenda-Politik" Gerhard Schröders in den Jahren ab 2005 eine Quote stabil unter 30 Prozent hatten. Im Jahr 2007 beispielsweise einen Tiefpunkt mit 26,9 Prozent.

(Folie 3 + 4) Als wir uns im Oktober auf der Reichenau in unserer Klausur zwei halbe Tage Zeit nahmen, um über die aktuellen Themen und Herausforderungen unserer Zeit zu sprechen, konnte uns Alexis von Komorowski vom Landkreistag Baden-Württemberg auch sehr eindrucksvoll schildern, wie es um die Landkreise – besser: wie es um die Politikfelder, um die sich die 294 Landkreise in Deutschland zu kümmern haben – steht. Und wir sind dabei natürlich nicht alleine. Auch in der veröffentlichten Meinung häufen sich Stimmen, die sich ähnlich äußern. Zuletzt etwa

der emeritierte Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe, der sich auch intensiv mit sozialgeschichtlichen Forschungsfragen beschäftigte, am vergangenen Montag in der FAZ (9.12.2024, S. 6) mit dem Titel „Ausgeträumt". Oder Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach einige Tage zuvor auch in der FAZ (22.11.2024, S. 10) – sie sprach von „massiven wirtschaftlichen Problemen" in Deutschland.

Wie ist unsere Lage:

- (Folie 5) die Sozialausgaben steigen und steigen;
- der Wirtschaftsmotor stottert hörbar nicht nur in Wolfsburg bei VW, sondern auch bei uns hier in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg und er droht womöglich über längere Zeit nicht mehr richtig anzuspringen;
- der (materielle) Aufgabenzuwachs aus Europa, Bund und Land nimmt immer mehr zu – dazu kommen Bürokratieexzesse, die einen verzweifeln lassen;
- das Krankenhauswesen ist in hohem Maße strukturell unterfinanziert;
- die ambulante ärztliche Versorgung ist insbesondere in den ländlicheren Regionen nicht nur gefährdet, sondern partiell bereits inexistent; auch hier wachsen Städte und Gemeinden (oft zusammen mit Landkreisen) faktisch immer mehr in eine Verantwortung hinein, ohne hierfür die originäre Zuständigkeit zu haben und ohne die notwendige finanzielle Ausstattung;
- vor diesem Hintergrund drohen wichtige bauliche (Erhaltungs-)Investitionen in unsere Infrastrukturen immer weiter verschoben zu werden.

(Folie 6) Aufgrund dieses Ausgangsbefundes haben wir gemeinsam im Kreistag vor einigen Wochen beschlossen, dass wir eine Haushaltsbegleitkommission einsetzen, die zusammen mit der Verwaltung den Entwurf des Haushalts 2025 umfänglich diskutiert und insbesondere die Ansätze für uns alle transparent aufstellt.

In vier Sitzungen hatten wir eine gute Diskussionskultur und konnten unsere Argumente und Sichtweisen austauschen. Es ging mir persönlich nicht darum, die einzelnen Ansätze der Verwaltung punktgenau und ohne Änderungen durchzusetzen – schließlich wissen wir von der Verwaltung auch nicht, was das Jahr 2025 konkret bringen wird.

Vor allen Dingen ging es mir um die Transparenz: wir haben nämlich so viele Risiken in diesem Haushaltsentwurf, wie noch in keinem Haushalt zuvor – das muss uns allen bewusst sein!

Bevor ich Ihnen nun aber ein paar ganz wenige Zahlen zum Haushaltsplanentwurf 2025 nenne, möchte ich noch kurz in drei Sätzen auf den Vollzug des Haushalts 2024 eingehen. Im Ergebnishaushalt 2024 hatten wir einen Verlust von rund 5,2 Millionen Euro geplant. Aller Voraussicht nach ergibt sich Stand heute eine leichte Verbesserung von 2,1 Millionen Euro. Damit läge der Verlust dann nur noch bei rund 3,1 Millionen Euro.

So, jetzt aber zum Haushalt 2025:

- Wir haben ein negatives Ergebnis von über minus 5 Millionen Euro ausgewiesen.

- Der Sozialaufwand 2025 liegt insgesamt bei knapp 247 Millionen Euro und somit bei fast 57 Prozent des Gesamtaufwands im Ergebnishaushalt. Von Herrn von Komorowski wissen wir noch von unserer Klausurtagung auf der Reichenau, dass viele Landkreise hier sogar eine Quote von über 60 Prozent haben.

- Die Personalaufwendungen erhöhen sich um 5 Millionen Euro auf 77 Millionen Euro. Insgesamt sind 16 zusätzliche Stellen vorgesehen.

- Für den Verlustausgleich an das Schwarzwald-Baar Klinikum haben wir dem Wunsch des Haushaltsbegleitgremiums folgend nicht die vollen 50 Prozent des Verlusts eingeplant (die anderen 50 Prozent trägt die GmbH eigenständig aus dem Eigenkapital), sondern nur 60 Prozent des an die GmbH auszugleichenden Anteils, da wir unterstellen, dass die Stadt Villingen-Schwenningen als Mitgesellschafter ihre 40 Prozent der Hälfte eigenständig bringt, so wie es ihren Gesellschaftsanteilen entspricht.

- Zur Finanzierung des umfangreichen Investitionsprogramms (saldiert knapp über 22 Millionen Euro) stehen aus dem Ergebnishaushalt 1,9 Millionen Euro zur Verfügung. Diese können somit gerade noch die Regeltilgung decken. Es stehen Zuweisungen in Höhe von 3,59 Millionen Euro zur Verfügung. Das Investitionsprogramm wird durch 9,24 Millionen Euro Kreditaufnahme und ansonsten komplett aus Eigenmitteln finanziert. Insgesamt verringert sich der Finanzmittelbestand um minus 9 Millionen Euro.

- Trotz einer Anhebung des Kopfbetrags ergeben sich aufgrund einer höheren Steuerkraft des Landkreises gegenüber dem Vorjahr niedrigere Schlüsselzuweisungen (minus 790.000 Euro). Den Hebesatz für die Kreisumlage haben wir im Entwurf um 2,5 Prozentpunkte auf 33,00 Prozent erhöht. Ein Prozentpunkt Kreisumlage entspricht in 2025 knapp 4 Millionen

Euro, so dass diese Summe der Kreisumlagenerhöhung im Wesentlichen zur Deckung des Klinikum-Defizits verwandt werden muss.

- (Folie 7) Für Ende 2025 planen wir mit einer Verschuldung von 26 Millionen Euro. Die Finanzplanung sieht für Ende 2028 bereits eine Gesamtverschuldung in Höhe von über 76 Millionen Euro vor.

- Gemäß den gesetzlichen Vorgaben soll sich der planmäßige Bestand an liquiden Mitteln ohne Kassenkreditmittel in der Regel auf mindestens 2 Prozent der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre belaufen. Die gesetzlich vorgegebene Mindestliquidität (6,08 Millionen Euro) wird im Jahr 2025 und 2026 erreicht. Im Jahr 2027 kann die Mindestliquidität gerade noch bzw. im Jahr 2028 nicht mehr nach der Finanzplanung erreicht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich nochmals bei Ihnen allen dafür bedanken, dass wir den Weg mit der Haushaltsbegleitkommission gemeinsam so gehen konnten und wir die Arbeit der Kommission in 2025 auch im Haushaltsvollzug und dann aber auch für den Entwurf des Haushalts 2026 so fortsetzen werden.

Ich danke den Mitgliedern der Haushaltsbegleitkommission für Ihren enormen Zeiteinsatz! Ich danke den Kolleginnen und Kollegen aus unserer Kämmerei und an deren Spitze unserem Amtsleiter Christopher Rist und unserem Finanzdezernenten Boris Schmid. Letztlich aber natürlich allen Kolleginnen und Kollegen im Landratsamt, da wir dieses Jahr wirklich ganz erhebliche Sparanstrengungen unternehmen mussten, um das Zahlenwerk überhaupt einigermaßen darstellbar zu halten – herzlichen Dank hierfür an alle!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir leben in Deutschland in finanziell wirklich herausfordernden Zeiten: die 294 Landkreise in Deutschland werden in diesem Jahr wahrscheinlich ein Defizit von 2,6 Milliarden Euro verbuchen müssen. Das wäre eine noch nie dagewesene Größe – ein Rekorddefizit. Und das liegt in 2024 nicht daran, dass alle Einnahmen wegbrechen – es liegt vielmehr an den bundesgesetzlich verordneten Ausgaben, die uns erdrücken. Wir sind in einem immer dichter werdenden Netz von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften gefangen, die an filigraner Ausdifferenzierung kaum mehr zu überbieten sind.

Und deswegen ist es richtig, dass der Bundespräsident vor einigen Wochen die Schirmherrschaft der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat" übernommen hat.

Sie will Vorschläge erarbeiten, um unseren föderalen Rechts- und Sozialstaat, seine Leistungen, seine Angebote im Interesse der Bürgerinnen und Bürger schneller, wirksamer, klarer und zuverlässiger zu machen – ob es um Föderalismus oder Verwaltung geht, um Wirtschaft und Standort, Bildung und Soziales, Resilienz und Sicherheit, um Digitalisierung, Energiepolitik oder manchen Wandel unserer Gesellschaft.

Der Bundespräsident selbst sprach davon, dass wir – Zitat – „einen prüfenden Blick auf unseren Staat und seine Strukturen" – Zitat Ende – benötigen.

Und weiter – Zitat –: „Wenn die freiheitliche Demokratie heute auch in unserem Land wieder angefochten wird, dann hat das jedenfalls auch damit zu tun, dass Menschen unzufrieden mit dem Zustand und der Leistungsfähigkeit ihres Staates sind. Das Vertrauen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in die Problemlösungskraft, in die Entscheidungsfähigkeit und deshalb in die Nützlichkeit der freiheitlichen Demokratie, ihrer Institutionen und Repräsentanten, dieses Vertrauen hat ganz offenbar gelitten, ist in Teilen der Gesellschaft sogar erodiert. Wir alle erleben in unserem Alltag, dass unser föderaler Rechts- und Sozialstaat an manchen Stellen nicht so funktioniert, wie er funktionieren könnte, wie er funktionieren sollte." – Zitat Ende –.

Ich wünsche mir und hoffe, dass diese Initiative die Diskussion über notwendige Reformen in allen möglichen Politikfeldern befruchtet und die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dann in den folgenden Jahren die Kraft haben, mutig und entschlossen diese notwendigen Reformen auch anzupacken.

Eingangs meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass auf unserer Erde mittlerweile über 8 Milliarden Menschen leben. Was denken Sie? Wie viele dieser Menschen würden wohl sehr gerne ihre jetzige Situation irgendwo auf der Welt mit unserer Situation und unseren Problemlagen und Herausforderungen hier in Deutschland eintauschen. Ich weiß es nicht – aber wahrscheinlich wären es gar nicht sehr wenige. Und auch vor diesem Hintergrund ist es geboten, dass wir bei der sehr guten Ausgangslage, die wir in Deutschland haben, die Ärmel hochkrempeln und diese Herausforderungen annehmen, um für unsere Kinder und Kindeskinder ein gutes Land zu hinterlassen.

(Folie 8) Ich freue mich, dass wir auch hier im Schwarzwald-Baar-Kreis einen kleinen Teil dazu beitragen können, dass unser Land insgesamt wieder fitter und robuster wird.

Demokratie ist das Ringen um die beste Lösung. Lassen Sie uns alle ringen und sorgen wir dafür, dass wir den richtigen Weg einschlagen.

Vielen Dank und uns allen dann gute Beratungen!